Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 193. Mittwoch den 11. Juli 1888. 82. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die Rathsdiener

Karl Heinrich **Scheller** und
Hermann Louis **Sperling**

heute als städtische Hafvollstreckungsbeamte eingestellt und in Pflicht genommen worden sind.

Leipzig, am 10. Juli 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Id. 12577. Dr. Georgi. Clauß.

Bekanntmachung.

Die Leuchtkraft des städtischen Leuchtgases betrug in der Zeit vom **2. bis mit 8. dieses Monats** im Argandbrenner bei 2,5 Millimeter Druck und 150 Liteen stündlichem Consum das 18,0fache der Leuchtkraft der deutschen Normalkerze von 50 Millimeter Flammenhöhe.

Das specifische Gewicht stellt sich im Mittel auf 0,427.

Leipzig, am 9. Juli 1888.

Des Raths Deputation zu den Gasanstalten.

In Gemäßheit des §. 1 der Instruction für die Ausführung von Wasserrohrleitungen und Wasseranlagen in Privatgrundstücken vom 1. Juli 1880 machen wir hierdurch **bekannt**, daß der Bierdruckapparatbauer

Herr **Robert Bauer,**
Steinwartenstraße Nr. 1,

zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Besitz der hierzu erforderlichen Vorrichtungen nachgewiesen hat.

Leipzig, den 6. Juli 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
X. 3530. Dr. Georgi. Wolfram.

Bekanntmachung.

Während des Baues der Altenburger Straße hat die **Zuführung der Pferde** zum **Pferdeschlachthause**, sowie überhaupt der Verkehr nach und von demselben auf dem von der äußeren Bayerischen Straße nach der nordwestlichen Ecke des Schlachthofes abzweigenden Feldwege zu erfolgen.

Leipzig, den 10. Juli 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Heutschel.

Gefunden

wurde vor einigen Wochen in einer städtischen Expedition hier ein Betrag von

50 Mark,

welcher bis heute vom Eigenthümer nicht reclamirt wurde.

Derselbe wird deshalb hierdurch aufgefordert, sich rechtzeitig zu melden, andernfalls über den Betrag weiter verfügt werden wird.

Leipzig, den 9. Juli 1888.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. M.

Auf Antrag der Erben der Frau Johanne Sophie **Jenzsch** verwittwet gewesene **Loose** geb. **Jügner** in Stötteritz soll das zum Nachlaß derselben gehörige, in Stötteritz an der Kirchstraße unter Nr. 39 gelegene Hausgrundstück Fol. 24 des Grund- und Hypothekenbuches für Stötteritz, welches am 12. November 1887 ortsgerichtlich auf

12 000 Mark

gewürdert worden ist,

den 25. Juli 1888, Vormittags 11 Uhr

im Gasthof zum Deutschen Haus in Stötteritz freiwillig versteigert werden, was unter Bezugnahme auf den am Gerichtsbrett und im Gasthofe zum Deutschen Haus in Stötteritz aushängenden Anschlag hiermit bekannt gemacht wird.

Leipzig, den 30. Juni 1888.

Königliches Amtsgericht, Abth. V. 2.
von Elterlein.

Israelitische Religionsgemeinde zu Leipzig.

Die Steuerpflichtigen unserer Gemeinde, welche noch mit Gemeindebeiträgen für das laufende Jahr im Rückstande sind, werden hierdurch an die Entrichtung dieser Beiträge erinnert.

Leipzig, den 9. Juli 1888.

Der Vorstand der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig.

Nichtamtlicher Theil.

Frankreich und die Petersburger Kaiserbegegnung.

* In Frankreich fühlt man offenbar starke Beklemmungen über den bevorstehenden Besuch unseres Kaisers am russischen Hofe. Das russisch-französische Bündniß war seit Jahren in Paris so sehr zum Mittelpunct aller Berechnungen in der großen europäischen Politik, so sehr zum Hoffnungsanker aller auf baldige Revanche spekulirenden „Patrioten" geworden, daß jetzt plötzlich eine vollkommene Rath- und Muthlosigkeit eingerissen ist. Mit den unwürdigsten und bedientenhaftesten Schmeicheleien hatten alle französischen Politiker seit Jahren Rußland umworben und gegen Deutschland aufzuhetzen gesucht, und nun vollzieht sich ein Ereigniß, welches man in Frankreich noch mehr als anderwärts als einen Zusammenbruch der Hoffnungen auf einen russisch-französischen Angriffsbund aufzufassen geneigt ist.

Frankreich ist gänzlich isolirt in der Welt, tönt es im Ton schmerzlicher Entsagung durch die Presse der verschiedensten Parteien, und es ist darin eine anerkennenswerthe Erkenntniß der Sachlage enthalten. Man braucht die politische Bedeutung der Fürstenbegegnung in Petersburg keineswegs zu überschätzen, um doch zugeben zu können, daß sie die Hoffnungen der französischen Chauvinisten stark zu dämpfen geeignet ist. Nachdem die französischen Politiker in ihren Gedankenkreisen so unsanft gestört worden sind, werfen sie sich in ihrer Verzweiflung ganz unvermittelt auf andere Combinationen. Bereits werden in angesehenen Pariser Blättern feindselige Preßstimmen gegen Rußland laut; bereits redet man von einer innigen Annäherung zwischen Rußland und Deutschland und findet plötzlich, zwischen Russen und Franzosen bestehe eine unausfüllbare Kluft in der Verschiedenheit des Charakters, der Geschichte, der natürlichen Interessen der beiden Völker; dagegen müsse die russisch-deutsche Annäherung nothwendig das Mißtrauen Oesterreichs hervorrufen und einen Bruch des deutsch-österreichischen Bundes herbeiführen. Demzufolge müsse eine französisch-österreichische Allianz das Ziel der französischen Staatsmänner und Patrioten sein und unter diesem Zeichen müsse dem deutschen Uebermuth und der russischen Barbarei entgegengetreten werden.

Dieser Gedankengang liegt jetzt den politischen Betrachtungen zahlreicher französischer Blätter zu Grunde. Für deutsche und auch für österreichische Leser braucht man das Ungereimte und Haltlose solcher Berechnungen nicht nachzuweisen, unser Verhältniß zu Oesterreich ruht auf zu fester Grundlage, als daß es durch solche Windstöße erschüttert werden könnte. Diese Betrachtungen sind nur darum von Interesse, weil sie beweisen, wie das Gefühl der vollständigen Verlassenheit in Frankreich immer mehr zunimmt und dazu führt, sich an die nichtigsten und thörichtsten Hoffnungen anzuklammern. Frankreich findet keine Allianz mehr; die Bedeutung dieser Thatsache für den Weltfrieden braucht man nicht näher auszuführen.

Deutsche und englische Colonialpolitik.

Als Deutschland vor nunmehr vier Jahren die ersten Schritte that, um Colonien zu gründen und den Ueberschuß an Kraft, über welchen es verfügt, fremden Welttheilen nutzbar zu machen und dadurch zugleich dem deutschen Heimathlande neue Erwerbsquellen zu erschließen, war sofort ein Gegendruck von englischer Seite zu spüren. Ueberall, wo Deutsche mit Ansprüchen auf Grund wohlerworbener Rechte hervortraten, sei es in Afrika oder in Australien, um ihre Handelsunternehmungen und Gebietserwerbungen dem Schutze des deutschen Reiches zu unterstellen, waren stets die Engländer bei der Hand, ihre Ansprüche auf die betreffenden Länder als die älteren und besseren darzustellen und die Deutschen als Besitzstörer zu verdächtigen. Das energische Vorgehen der deutschen Reichsregierung gegen die englischen Ansprüche auf Angra Pequena belehrte die englische Regierung darüber, daß die Zeit vorüber sei, in welcher England alles herrenlose Land der Erde als sein Eigenthum betrachtete. Aber damit war für Deutschland nur die Bahn gebrochen, auf welcher weiter gearbeitet werden konnte, es war vor allen Dingen nöthig, internationale Grundsätze für die Colonialpolitik der Zukunft aufzustellen, welche von den europäischen Mächten als Gesetz geachtet wurden.

Diesen Zweck verfolgte die Westafrikanische Conferenz in Berlin, welche bestimmte Formen für die Besitzergreifung herrenloser Gebiete aufstellte und die Bewohner derselben gegen Gewalt schützte. An die Stelle der souveränen Willkür trat in der Colonialpolitik der Grundsatz der gegenseitigen Vereinbarung zur Sicherstellung der Interessen der betheiligten Nationen. Von größter Wichtigkeit für die zukünftige Gestaltung des Colonialrechts war die Abgrenzung von Interessensphären, welche je nach den thatsächlichen Besitzverhältnissen vorgenommen wurde. Alle Colonialmächte, welche in Westafrika Colonien besaßen, erkannten die Nothwendigkeit der völkerrechtlichen Regelung und Begrenzung ihrer Ansprüche an, und so kam denn eine Reihe wichtiger Beschlüsse zu Stande, welche als die Grundlage eines Colonial-Völkerrechts Geltung erlangten. Für die deutschen Vorschläge war maßgebend, daß begründete Rechte der Colonialmächte auf bestimmte Gebiete vorhanden sein müßten, bevor von Abgrenzung von Interessensphären die Rede sein könne. Waren aber die Vorbedingungen einer solchen Abgrenzung erfüllt, dann wurde als Hauptgesichtspunct die Freiheit festgehalten, dem anerkannten Besitzer einer Colonie oder Schutzherrn die Ausdehnung seines Einflusses auf das Hinterland vorzubehalten. Auf dieser in Berlin vereinbarten Grundlage kam eine Reihe von internationalen Verträgen zwischen Deutschland und England, Deutschland und Frankreich, Deutschland und Portugal zu Stande, und überall, wo solche Verträge geschlossen wurden, war die wohlwollende und treue Einhaltung der Verträge die Voraussetzung.

Die deutsche Colonialpolitik ist von Anfang an darauf gerichtet gewesen, bestehende, ebenso wie neu erworbene Rechte anderer Nationen gewissenhaft zu achten und ihre Fortentwickelung durch keinerlei Willkür zu stören und zu durchkreuzen. Leider scheint auf englischer Seite ein gleiches Streben nicht vorzuwalten, denn in neuester Zeit sind englische Unternehmungen ins Leben getreten, welche darauf berechnet scheinen, die deutschen Colonialbestrebungen unwirksam zu machen. Fürst Bismarck hat als leitenden Grundsatz für die deutsche Colonialpolitik aufgestellt, daß die Reichsregierung immer erst dann deutschen Colonisten Schutz gewähren würde, wenn diese durch eigene Arbeit und Privatunternehmungen einen Zustand in überseeischen Gebieten geschaffen hätten, der des Schutzes werth und bedürftig erscheine. Die deutsche Colonialpolitik sollte also nur den Spuren deutscher Colonisten folgen, aber nicht von Regierungswegen selbstständig in bestehende Verhältnisse eingreifen. Demgemäß ist in West- und Ostafrika, in Neu-Guinea, in Kaiser Wilhelms-Land und auf dem Bismarck-Archipel verfahren worden, und daraus haben sich Verträge mit England über Abgrenzung von Interessensphären in Afrika und Australien ergeben.

Jetzt machen wir aber die Erfahrung, daß die Engländer auf die deutsche Colonialpolitik eine englische Nutzanwendung machen, die offenbar nicht dem Geiste der geschlossenen Verträge entspricht. Die selbstständige Thätigkeit von Kaufleuten kann sich nur auf Gebieten bethätigen, welche nicht bereits einer bestimmten Interessensphäre zugehören, und deshalb sind die Erklärungen, welche der englische Unterstaatssecretair in der Sitzung des englischen Unterhauses vom 31. Mai abgegeben hat, nicht als den aufgestellten Grundsätzen für die Colonialpolitik der Zukunft, wie sie in Berlin vereinbart worden sind, entsprechend. Herr Ferguson sagte damals, daß die Errichtung von Handels-Gesellschaften die legitime Form für die Ausdehnung der britischen Colonialbesitzungen sei, und deshalb müsse englischen Kaufleuten, welche ein ernstes Risico übernehmen wollten, jede mögliche Unterstützung gewährt werden. Der englischen Ostafrikanischen Gesellschaft sei noch kein Charter gewährt worden, aber der zu ertheilende Charter werde jedenfalls ebenso weit ausgedehnt werden, wie der der Nigergesellschaft.

Der Hinweis auf die Nigergesellschaft ist bezeichnend für die Art und Weise, wie die englische Regierung Colonialpolitik treibt, denn diese Gesellschaft hat sich Eingriffe in die Handelsbewegung am Niger erlaubt, welche mit den Beschlüssen der Westafrikanischen Conferenz in Berlin in unlösbarem Widerspruch stehen. Der Grundsatz, daß der Lauf der Flüsse den Handel treibenden europäischen Nationen offen bleiben soll, ist durch die Zollmaßregeln der englischen Nigergesellschaft außer Kraft gesetzt und außerdem ist den Colonisten jener Gegend die Ausdehnung ihrer Handelsbeziehung auf das Hinterland abgeschnitten. Dasselbe Verfahren, was bereits im Nigergebiet seine unheilvolle Wirkung übt, soll jetzt auch auf Ostafrika ausgedehnt werden, und wie eifrig die englische Regierung darauf bedacht ist, sich in ihrer afrikanischen Colonialpolitik nicht stören zu lassen, geht daraus hervor, wie Lord Salisbury die Lage in Zanzibar neulich im Oberhause dargestellt hat. Er sagte, das Abkommen vom Jahre 1884 genüge allen berechtigten Wünschen, welche im Interesse der Humanität, der Civilisation und des Handels getroffen werden könnten. Er glaube, daß Deutschland gleich England die Beseitigung des Sclavenhandels wünsche. Er entsinne sich keines Instruments, nach welchem Deutschland das Thal an den großen Seen erworben habe. Der Einfluß Englands in Zanzibar werde durch das Abkommen mit Deutschland in keiner Weise vermindert. Man ersieht aus dieser Erklärung, mit welcher Eifersucht die englische Regierung jeden Schritt der deutschen Colonisation in Ostafrika verfolgt und daß sie bemüht ist, sich das Eigenthumsrecht an Gebieten zu sichern, auf welche es nach Lage der bestehenden Besitz- und Handelsverhältnisse keinen Anspruch hat. Die deutsche Colonisation in Ostafrika ist unter den günstigsten Aussichten begonnen worden, und wir zweifeln nicht, daß es der Thatkraft unserer dort thätigen Landsleute gelingen wird, die mißgünstigen Veranstaltungen der Engländer zu Schanden zu machen. Die deutsche Colonialpolitik geht von dem Grundgedanken aus, daß jedem Colonist auch der Lohn seiner Arbeit gewährt werden muß, für den Nutzen Englands ist deutsche Kraft und Intelligenz in Ostafrika nicht aufgewendet worden.

Leipzig, 11. Juli 1888.

* Wir wiederholen folgende Meldung aus der letzten Nummer, weil sie nicht in die Gesammtauflage aufgenommen werden konnte: Die „Derschawa", worauf der Kaiser von Rußland dem Kaiser Wilhelm entgegenfährt, wird von zwei russischen Kriegsschiffen begleitet. Sobald der Kaiser Wilhelm die „Derschawa" betreten, dampfen das russische und deutsche Geschwader nach Kronstadt, woselbst die Landung stattfindet und am Lande der kaiserliche Gast mit allen militairischen Ehren empfangen wird. Von Kronstadt geht nach officiellem Empfang die Fahrt nach Peterhof. In Begleitung des Zaren auf der „Derschawa" wird mit Rücksicht darauf, daß Graf Herbert Bismarck den Kaiser Wilhelm begleitet, sich auch Giers befinden.

* Ueber die Kaiserzusammenkunft spricht sich das in bekannten Beziehungen stehende „Wiener Fremdenblatt" in folgender Weise aus: „Dem Kaiser Wilhelm ziehen jene feierlichen Worte voran, welche er in seiner Thronrede an alle Völker Europas gerichtet hat, und aus denen der beste Wille, Friede mit Jedermann zu halten, sprach. Als ein Fürst des Friedens erschien er, von den Bundesfürsten des deutschen Reiches umgeben, vor seinem Volke und vor Europa, und als solchen wird ihn auch die Ostseeflotille nach dem finnischen Hafen bringen. Schon diese feierlichen Kundgebungen wären geeignet, der ganzen gegen Deutschland und seine Bundesgenossen gerichteten Agitation jeden Boden zu entziehen, wenn die Mistrauerei nicht so lange angedauert hätte. Insoweit das aus der Ferne tönende Wort nicht ausgereicht hat, wird hoffentlich das persönliche Erscheinen des Monarchen seinen Eindruck nicht verfehlen. Dieser Ueberzeugung giebt sich auch das übrige Europa hin. Es erwartet ein Verscheuchen jener Wolke des Mißtrauens und des Unbehagens, die über dem russischen Volke gelagert ist. Es hofft, man werde in Rußland sodann weit befähigter sein, jene friedlichen und loyalen Ziele zu beurtheilen, welchen allein die Politik Deutschlands und jene seiner Alliirten gewidmet ist und welchen die Erhaltung der Ruhe des Continents ausschließlich zu danken ist. Wenn dieses wirklich gelingen sollte, wenn in Rußland einmal dieses viele Mißtrauen gegen die Politik seiner Nachbarn schwindet, wenn man auch dort zur richtigen Beurtheilung jener Grundlagen der europäischen Ordnung gelangen sollte, welche allein eine legale Entwicklung und allmälige Lösung aller internationalen Fragen ermöglichen, dann wird die Reise Kaiser Wilhelm's II. nach Rußland der Zuversicht in die Erhaltung des Friedens jene breitere Basis gewähren, welche von allen Völkern und auch jenen Oesterreich-Ungarns mit solcher Sehnsucht erwartet wird.

* Die deutsche Flotte hat nun zum ersten Mal, seitdem sie besteht, einen commandirenden Admiral erhalten, der weder königlicher Prinz, noch aus der Landarmee hervorgegangen ist (und daher nur den Rang eines Admirals als Chef der Admiralität besaß, wie Stosch und Caprivi), sondern von unten auf als Seeofficier seinen Weg gemacht hat. Der Kaiser hat den hochverdienten Vicеadmiral Grafen v. Monts zum Admiral ernannt und ihn zugleich mit der Führung des Amtes eines Chefs der Admiralität betraut. Ueber organisatorische Aenderungen im Bereiche der Admiralität (des Marineministeriums), wie Trennung des Obercommandos von der Verwaltung, verlautet bisher nichts Bestimmtes.

* Die Londoner Zeitung „World" berichtet: „Die Kaiserin-Mutter Victoria wird wahrscheinlich Schwalbach oder Reichenhall im Laufe dieses Monats besuchen, später wird sie sich nach einem klimatischen Curorte der Schweiz wenden. Die Kaiserin leidet seit Monaten an heftigen neuralgischen Schmerzen und ihr Nervensystem ist ganz erschüttert durch die tausendfachen Sorgen und die unaufhörliche Beängstigung des verflossenen Jahres. Die Kaiserin wird im Herbst mit ihren jüngeren Töchtern der Königin von England einen Besuch in Schottland abstatten und hegt gegenwärtig den Wunsch, den Winter in Italien zuzubringen, wo sie überhaupt auch in Zukunft einen Theil des Jahres zu verleben gedenkt."

* Hausminister v. Wedell wird sein Reichstagsmandat demnächst niederlegen und damit für immer auf jede parlamentarische Thätigkeit verzichten. Die Controverse, ob die Ernennung zum Hausminister das Erlöschen des Mandats zur Folge hat, wird dadurch gegenstandslos werden.

* Das entschiedene Eintreten der „Nordd. Allg. Ztg." für die Erhaltung des freundschaftlichen Verhältnisses der conservativen und nationalliberalen Parteien auch bei den bevorstehenden Landtagswahlen wird von den ultramontanen und weifischen, wie von den extremreactionairen und den deutschfreisinnigen Blättern sehr unangenehm empfunden. Die Andeutung an die Beamtenschaft, welche man in der Auslassung des halbamtlichen Blattes erblickt, nationalliberale cartellfreundliche Candidaten vor cartellscheuen conservativen zu bevorzugen, macht die Gegner der Mittelparteien besorgt und schneidet ihnen die Aussicht ab, als ob von hoher Stelle ein reactionaires, mit dem Ultramontanismus verquicktes Regiment ersehnt würde. In der That wird durch die Kundgebung der „Nordd. Allg. Ztg." offen erklärt, daß Herr v. Rauchhaupt falsch berathen war, als er sich bei Berathung des Schullastengesetzes Dank von seinem Versuche versprach, das Cartel zu sprengen und als eine überwundene Sache hinzustellen, die nun keinen Zweck mehr habe. Herr v. Rauchhaupt und sein Mitspieler Herr Windthorst hatten eine Abneigung gegen die Nationalliberalen an Stellen vorausgesetzt, wo eine solche nicht vorhanden ist, wo man überzeugt ist, daß der Uebel größtes für unsere Zustände eine ausschlaggebende Stellung des Centrums wäre. Und eine solche Stellung würde die Gefolgschaft des Herrn Windthorst von dem Tage ab erlangen, wo die Nationalliberalen und Conservativen auseinandergebracht würden. Darum die fortgesetzten Versuche gerade der welfischen ultramontanen Blätter, die Conservativen als im Joch der Nationalliberalen schmachtend, als gedemüthigt und mißhandelt hinzustellen. Man weiß eben, daß trotz der Zahl seiner Vertreter das Centrum so lange unschädlich ist, als Conservative und Nationalliberale eine Mehrheit bilden und mit der Regierung wie untereinander zur Verständigung in den schwebenden Fragen bereit sind. Herrn Windthorst's Weizen kann nicht blühen, so lange die verhaßten Mittelparteien bestehen. Daraus erklärt sich die Wuth seiner Blätter gegen die letztern, daraus folgt aber auch die Pflicht für alle Politiker und alle Staatsbürger, welche Herrn Windthorst nicht zur Herrschaft in unsern innern Verhältnissen gelangen lassen wollen, in der Richtung des sogenannten Cartels der nationalen Parteien zu verharren und weiter zu wirken.

* Zur Cartelfrage schreibt die „Post": Als leitender Grundsatz für die bevorstehenden Landtagswahlen muß die Rücksicht nicht nur auf das Zusammenhalten der nationalen Parteien im Reiche und bei den Reichstagswahlen überhaupt, sondern auch auf die Sicherung des realen Erfolges dieses Zusammengehens gelten. Die eine nothwendige Schlußfolgerung aus diesem Vordersatz ist die, daß eine Bekämpfung der nationalen Parteien bei den Landtagswahlen zu vermeiden ist, soweit dies mit der Föderung jenes leitenden Grundsatzes irgend vereinbar ist und daß, wo eine solche nicht zu vermeiden ist, sie sich in denjenigen Formen und Schranken hält, welche durch die Waffenbrüderschaft im Reiche geboten sind. Als zweite Consequenz des Vordersatzes ergiebt sich die Forderung, daß die nationalen Parteien sich nicht mit den Gegnern zur Bekämpfung nationaler Candidaturen verbinden. Die praktische Verwirklichung dieser leitenden Gedanken, sowie die nähere Entwickelung der Grundlinien für die der freiconservativen Partei zufallende einende Thätigkeit wird der Zeit nach der Ruhepause des Sommers vorzubehalten sein. Für jetzt ist es dringlichen, die Wahlorganisation in ihren Details zu revidiren, die etwaigen Lücken auszufüllen und alle Vorbereitungen so zu treffen, daß dieselben im Herbst einem heftigen, mit allen Mitteln raffinirter Agitation geführten Wahlkampfe gewachsen sei. Daß ein solcher bevorsteht, unterliegt keinem Zweifel. Nicht aber mit einer frühzeitigen und übereilteten Agitation wird man den Erfolg sichern, sondern mit ruhiger, fester Rüstung, welche es möglich macht, wenn es an der Zeit ist, mit voller Kraft zu handeln. Hier liegt augenblicklich der Schwerpunct der Vorbereitung für die Wahlen. Alles Uebrige, selbst die weitere Erörterung über das gegenseitige Verhalten der Parteien ist verfrüht.

* Zu der Discussion über die Cartelfrage betreffs der Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhause verdient eine an die „Hamburger Nachrichten" gerichtete Zuschrift „eines hervorragenden Parteimannes" aus Mitteldeutschland Beachtung, welche wir hier folgen lassen:

„Das Gerücht, die Führer der nationalliberalen Partei im preußischen Landtage hätten beschlossen, bei den bevorstehenden Landtagswahlen das Cartel mit den Conservativen nicht zu erneuern, hat sich zwar nicht bestätigt, wohl aber hätte, wie es heißt, bei einer Besprechung jener Partei die Ansicht vorgewaltet, daß im Allgemeinen, nur abgesehen von einzelnen Wahlkreisen, wo die Verhältnisse anders lägen, die Partei „selbstständig" vorgehen solle. Man will namentlich in den östlichen Provinzen den Conservativen womöglich eine Anzahl Sitze, die früher den Nationalliberalen gehört haben, wieder abgewinnen. Bei der eigenthümlichen Parteigruppirung im preußischen Abgeordnetenhause ist ein solcher Entschluß wohl erklärlich. Die Lage ist dort eine wesentlich andere als im Reichstage, indem im Abgeordnetenhause einerseits ein erdrückendes Uebergewicht der conservativen Parteien, welche schon jetzt nahezu die absolute Mehrheit bilden, geschaffen wird, andererseits die Gefahr, daß die negirenden Elemente die Majorität erlangen könnten, viel geringer scheint. Es kommt dazu das schroffe und überfliegende Verhalten eines Theils der dortigen Conservativen, die von einer ultra-conservativen, d. h. reactionairen Aera träumen, und deren bedenkliche Tendenzen schon im letzten Abgeordnetenhause, beim Schullastengesetze, nur durch das Gegengewicht eines gemäßigten Theiles derselben Partei und das energische Eintreten der Regierung niedergehalten werden konnten. Ob es freilich den preußischen Nationalliberalen gelingen würde, mit ihren Kräften über die Conservativen in den Ostprovinzen obzusiegen, ob sie nicht in vielen Fällen genöthigt sein würden, die Unterstützung der weiter links stehenden Elemente wenn nicht zu beanspruchen, so doch anzunehmen, und ob nicht schon dadurch sie selbst weiter links gedrängt werden möchten; ob endlich nicht ihr Verhältniß zur Regierung durch eine solche Wendung leiden könnte, wenn die Regierung sich dadurch genöthigt glaubte, ihre Stütze fortan ausschließlich in den conservativen Parteien zu suchen — das Alles sind schwerwiegende Fragen, die sich nur bei einer genauen Kenntniß der specifisch preußischen, ja der localen und provinziellen Verhältnisse genügend beantworten lassen, und welche gewiß die einsichtigen Führer der dortigen Nationalliberalen sorgfältig erwägen werden, bevor sie praktisch daran gehen, ihre Wahlpraxis festzustellen. Daß die Deutschfreisinnigen sich auf eine — absichtliche oder unabsichtliche — Annäherung der Nationalliberalen an sie Hoffnung machen und eine solche in ihrem Interesse mit Freuden begrüßen, das bekunden die, vielleicht nicht ganz vorsichtiger Weise etwas zu früh laut gewordenen, frohlockenden Stimmen der deutschfreisinnigen Presse und die Sirenentöne, mit denen sie die Nationalliberalen auf diesen Weg zu locken suchen.

Wir hier außen „im Reiche" dürfen uns ja natürlich nicht anmaßen, in das Thun und Lassen unserer Parteigenossen in Preußen einreden zu wollen. Sie werden am besten wissen, was ihnen, was den Interessen ihres Staates frommt. Wir denken dabei immer nur an die möglichen oder wahrscheinlichen Folgen, die das Vorgehen eines so bedeutenden und gewichtigen Theils unserer Partei für die Angelegenheiten des Reichs haben möchte. Und da können wir uns freilich der Besorgniß nicht erwehren, daß die anscheinend dort beabsichtigte Wendung, wenn sie in der angedeuteten Weise wirklich stattfände, auf die Gesammtstellung der Partei und, was wichtiger ist, auf die Interessen des Reichs leicht nachtheilig einwirken könnte. Ein Wahlkampf zwischen den Nationalliberalen und den Conservativen in dem großen leitenden Staate, mit den dabei schwerlich ausbleibenden, ja kaum zu vermeidenden heftigen,